FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Rohrau

Ausgabe · Juli 2026 | 561242/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten





Die Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsve



Nach mehreren Monaten der Prüfung ist die Staatsanwaltschaft zu dieser Entscheidung gekommen. Wir respektieren diese Entscheidung. Sie ist Teil unseres Rechtsstaates.

Ebenso gehört zum Rechtsstaat, dass die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren nur dann einleitet, wenn ein begründeter Anfangsverdacht besteht. Andernfalls wird ein Verfahren gar nicht erst eröffnet. Im vorliegenden Fall wurden nach Prüfung der Unterlagen Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue und des Amtsmissbrauchs eingeleitet. Nach Abschluss dieser Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft entschieden, das Verfahren einzustellen. Beides sind rechtsstaatlich vorgesehene Schritte.

Zum Ablauf:

Wir haben als Gemeinderäte die gesetzlich vorgesehenen Unterlagen angefordert. Diese wurden uns jedoch nur teilweise und, erst nachdem die Bezirkshauptmannschaft den Bürgermeister dazu aufgefordert hatte, übermittelt. Auch die Bezirkshauptmannschaft hat die unvollständige bzw. verspätete Übermittlung der Unterlagen beanstandet.

Nach Durchsicht der Unterlagen sind uns mehrere Ungereimtheiten aufgefallen – von fehlenden Protokollen bis hin zu steigenden, für uns nicht nachvollziehbaren, Summen. Darüber haben wir bereits im letzten Gemeindekurier ausführlich berichtet.

Als Gemeinderäte sind wir verpflichtet, mögliche Unregelmäßigkeiten den zuständigen Behörden zu melden. Aus diesem Grund haben wir Anfang des Jahres eine Sachverhaltsdarstellung an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft übermittelt. Nach deren Prüfung wurde der Akt an die Staatsanwaltschaft Korneuburg weitergeleitet, welche, nach Durchsicht der Unterlagen, ein Ermittlungsverfahren einleitete. Somit kann weder von „aus der Luft gegriffen“ noch von „völlig haltlos“ die Rede sein.

rfahren gegen den Bürgermeister eingestellt

Unsere Aufgabe als Opposition ist die Kontrolle der Gemeindearbeit. Dazu gehört es, Unterlagen einzufordern, Entscheidungen kritisch zu hinterfragen und mögliche Unregelmäßigkeiten den zuständigen Behörden zu melden. Genau das haben wir getan. Über das weitere Vorgehen entscheiden ausschließlich die zuständigen Behörden. Das haben wir von Anfang an gesagt – und genau so ist es auch erfolgt. Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens bleiben Transparenz, vollständige Akteneinsicht und eine funktionierende Kontrolle wesentliche Voraussetzungen für das Vertrauen der Bevölkerung in die Gemeindepolitik. Dafür werden wir uns auch weiterhin konsequent einsetzen.

Kommentar des Fraktionsobmanns

Kontrolle war eines unserer zentralen Versprechen vor der Wahl. Dieses Versprechen nehmen wir ernst – auch dann, wenn es mit Aufwand verbunden ist oder nicht immer angenehm ist. Opposition bedeutet für uns nicht, grundsätzlich dagegen zu sein. Opposition bedeutet, genau hinzusehen, Fragen zu stellen, Transparenz einzufordern und dort, wo Unregelmäßigkeiten erkennbar sind, die zuständigen Behörden einzuschalten. Genau das haben wir getan. Was danach geschieht, entscheiden ausschließlich die zuständigen Behörden. Diesen Rechtsstaat respektieren wir. Gleichzeitig wünsche ich mir, dass wir unsere Energie künftig weniger für das Einfordern von Unterlagen und das Klären offener Fragen aufwenden müssen. Eine transparente, nachvollziehbare Gemeindearbeit sowie die vollständige und fristgerechte Übermittlung der gesetzlich vorgesehenen Unterlagen würden die Kontrollarbeit wesentlich erleichtern. Die Kontrolle durch die Opposition ist kein Hindernis, sondern ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Unser Ziel war und ist es nicht, Konflikte zu schaffen. Wir haben von Anfang an unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert. Leider wurden sämtliche unserer Anträge bislang von ÖVP und SPÖ abgelehnt. Trotzdem bleibt unser Angebot zur sachlichen Zusammenarbeit aufrecht.

Zusammenarbeit und Kontrolle schließen einander nicht aus – im Gegenteil. In einer lebendigen Demokratie gehören beide untrennbar zusammen. Dort, wo gemeinsam gute Lösungen für die Gemeinde gefunden werden können, werden wir diese mittragen. Dort, wo Kontrolle notwendig ist, werden wir diese weiterhin konsequent wahrnehmen. Unser Anspruch bleibt derselbe wie am ersten Tag: transparent arbeiten, Verantwortung übernehmen und Entscheidungen im Interesse unserer Gemeinde treffen. Dafür wurden wir gewählt – und dieses Versprechen werden wir auch weiterhin einhalten. Auch wenn laut Staatsanwaltschaft kein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt, bleibt die schiefe Optik der Vergabe an den Schwiegersohn des Bürgermeisters bestehen.



Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer